



Hannover, 16. Januar 2008

8.000 Unterschriften überreicht
Initiativen fordern Gesamtschulgenehmigungen zum 1.8.2008
Gemeinden wollen Schulzentren in IGS umwandeln

Anlässlich der letzten Plenumssitzung vor der Landtagswahl übergaben Gesamtschulinitiativen aus Friesland, Braunschweig und Hannover rund 8.000 Unterschriften, mit denen ihre Forderung nach Genehmigung neuer Gesamtschulen aus der Bevölkerung unterstützt wird.

Olaf Lies, Sprecher der IGS-Initiative aus dem Landkreis Friesland, berichtete, dass der Landkreistag einstimmig beschlossen hat, eine IGS einzurichten. Verschiedene Gemeinden haben Interesse bekundet, ihr bestehendes Schulzentrum mit Haupt- und Realschule in eine IGS umzuwandeln, um ihr Bildungsangebot zu verbessern. Bereits 431 Eltern haben eine Anmeldung für die 5. Klassen zum 1.8.2008 abgegeben, so dass in Friesland sofort zwei Gesamtschulen eingerichtet werden können.

Elterninitiativen aus Lüneburg und Osnabrück stellten die große örtliche Resonanz für eine zügige IGS-Gründung dar. Vertreter aus den ländlichen Regionen (Wunstorf, Gifhorn, Schaumburg) teilten mit, dass verschiedene Gemeinden ihre Schulzentren in Gesamtschulen umwandeln wollen, um als Bildungsstandorte attraktiver zu sein. Ein Mitglied eines Schulvorstands aus Hannover-Stöcken erläuterte den einstimmigen Beschluss der Hauptschule und der Realschule, ihr Schulzentrum baldmöglichst in eine IGS umzuwandeln. Richard Wilmers aus Schaumburg konnte zusammenfassen: „Vor Ort ziehen die CDU-Politiker mit, wenn es um die Verbesserung des Schulangebots durch Umwandlung in eine IGS geht. Die sehen das nicht ideologisch, sondern denken eher an die Akzeptanz neuer Baugebiete. Dafür brauchen sie nämlich auch den gymnasialen Bildungsgang in ihrer Gemeinde.“

Der GEW-Landesvorsitzende Eberhard Brandt hielt dem amtierenden Kultusminister Busemann vor, er habe in seiner Antwort auf die Forderungen der Initiativen erneut „rumgeeiert“. Er weiche in der zentralen Frage aus, ob denn nun den Forderungen der Eltern, der Gemeinden und der Kreistage nach Gesamtschulgründungen entsprochen würde, wenn CDU und FDP weiter in der Regierungsverantwortung blieben. „Die Gemeinden müssen berechtigt sein, ihre Schulzentren in eine IGS umzuwandeln. Jedes Kind in Niedersachsen muss das Recht realisieren können, eine Gesamtschule zu besuchen.“ In diesen Fragen würde keine Ruhe einkehren.

Wolfgang Jüttner, SPD-Spitzenkandidat und Ina Korter, Bildungsexpertin der Grünen, sicherten den Gesamtschulanhängern zu, sofort das Schulgesetz zu ändern, wenn sie zusammen eine Mehrheit bekommen. Beide sind sich einig, dass Gesamtschulgründungen so schnell wie möglich zugelassen werden sollen. SPD und Grüne können sich darauf stützen, dass auch eine große Mehrheit der CDU-Mitglieder dafür plädiert, das Verbot von Gesamtschulgründungen aufzuheben.

Verantwortlich: Richard Lauenstein